Bayanlara mahsus ilâve ile beraber fiatı 10 kuruş

Preis mit Frauenbeilage: 10 KURUŞ

Numune 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

	dahil için	haric için
Aylık Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık „ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık „ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik „ „	15.—	„ 50.—

yahud muadili.
Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane:
Beyoğlu, Cansız sokak 7
Telgraf adresi: Türkpost,
Telefon: 44.606,
Posta Kutusu: İstanbul 1260.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cansız sokak 7
Drahtanschrift: Türkpost,
Fernsprecher: 44.606,
Postfach: Istanbul 1260.

11. Jahrgang Nr. 97 — Tageszeitung — Istanbul, Sonnabend, 25. April 1936

Numan Menemencioglu in Bukarest - Statt Eden reist Lord Halifax nach Berlin? - Sicherheitsmassnahmen der französischen Regierung für den 1. Mai

Gegenfragen Deutschlands?

Zwei Hauptpunkte im englischen Fragebogen

London, 24. April (A.A.)

Die englische Regierung hat in ihrer letzten Sitzung die Form des Fragebogens geprüft, der Adolf Hitler übermittelt werden soll, um verschiedene Punkte der deutschen Politik klarzustellen.

Die englische Note wird wahrscheinlich von dem englischen Botschafter in Berlin nach einer neuen Kabinettssitzung überreicht werden.

Die Kreise des Foreign Office dementieren von neuem die Gerüchte, die sich auf die Reise Edens nach Berlin beziehen. Doch glaubt man, daß die Regierung die Möglichkeit geprüft hat, anstelle des Außenministers Eden Lord Halifax nach Berlin reisen zu lassen.

Obgleich bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen worden ist, vermutet man allgemein, daß die Haltung des Kabinetts durch die Einwendungen politischer Kreise hinsichtlich dieser Frage beeinflußt sein wird. Man glaubt ferner, daß die englische Note genau und bis ins einzelne gehend abgefaßt und von der Rede beeinflußt sein wird, die Flandin Anfang April über die deutschen Absichten, die sich mit den europäischen und kolonialen Fragen befassen, gehalten hat.

Die politischen Kreise erklären, daß sich die englische Note vor allen Dingen mit folgenden zwei Hauptpunkten beschäftigen wird:

1. Die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im Süden und Osten.

2. Die deutsche Auslegung in Bezug auf die Gleichberechtigung.

Bezüglich des ersten Punktes ist man der Ansicht, daß die englische Regierung die Frage aufwerfen wird, ob die deutsche Regierung bereit ist, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Satzungen des Völkerbundes einen Vorrang vor den Satzungen der Nichtangriffsverträge haben, die Deutschland mit seinen Nachbarn abzuschließen wünscht.

•

London, 24. April (A.A.)

Man glaubt, daß die englische Regierung die deutsche Regierung ebenfalls bitten wird, ihre Absichten in Bezug auf Litauen, Oesterreich und die Tschechoslowakei genau zu umreißen.

Was die Gleichberechtigungsfrage anbetrifft, so möchte die Londoner Regierung wissen, wann und unter welchen Bedingungen die deutsche Regierung der Ansicht ist, daß sie die vollständige Gleichberechtigung erreicht hat.

Die Frage, die sich auf den Fall bezieht, daß das Rheinland während der Zeit möglicher Verhandlungen angriffen werden könnte, wird ebenfalls aufgerollt werden, trotzdem man wenig Hoffnung hegt, eine befriedigende Lösung zu erzielen.

•

Paris, 24. April (A.A.)

Frau Taboulis schreibt im „Oeuvre":

In London ist man allgemein der Ansicht, daß die deutsche Regierung, bevor sie auf die erste Frage der englischen Denkschrift antwortet, an Frankreich und Großbritannien die Frage richten wird, ob sie und wie sie das Völkerbundsstatut reformieren wollen.

Die Beobachter in London und Berlin glauben, daß Großbritannien in der Antwort in der Frage der Abschaffung des Völkerbundsartikels 16 wahrscheinlich gern nachgeben wird, seitdem es in Genf keinem Verfahren gelungen ist, den italienisch-äthiopischen Konflikt zu lösen. Auf diese Art und Weise könnte dann der Völkerbund in einen internationalen Gerichtshof umgewandelt werden, der vielleicht mehr Zustimmung findet.

Genfer Eingeständnisse

Während in Genf die Niederlage der kollektiven Sicherheit von Eden und Paul-Boncour im Rahmen des Völkerbundrates festgestellt wurde, während in Aethiopien die italienischen Soldaten unaufhaltsam vorrücken, kommt die Enttäuschung über den Gang der Dinge in den beiden Westländern in den verschiedensten Formen öffentlich zum Ausdruck.

Eine französische Zeitung meinte, anstelle des mißglückten Waffenstillstandes zwischen Italienern und Aethiopiern sei ein englisch-französischer Waffenstillstand in Genf zustandegekommen, wonach Aethiopienkonflikt und Rheinlandfrage gleichermaßen vertagt werden bis zum 11. Mai, nach dem Ausgang der französischen Wahlen.

Inzwischen haben die Generalstäbler Englands, Belgiens und Frankreichs, die in London zusammengekommen waren, ein wortkarges Kommuniqué ausgegeben, und Premierminister Baldwin hat vor einer Versammlung der konservativen Partei in der ihm eigenen unumwundenen Art zu verstehen gegeben, daß die britische Aufrüstung das einzige Aktivum aus dem Versuch gewesen sei, im Aethiopienkonflikt die Sanktionen des Völkerbundes zur Anwendung zu bringen. In Zukunft wüßte man jedenfalls, daß Sanktionen nur Sinn hätten, wenn die Beteiligten bereit seien, das Letzte dafür einzusetzen. Das heißt, das Haupt der englischen Regierung ist der Meinung, daß der ganze Sanktionsgedanke in Zukunft nur noch in Form der militärischen Sanktionen gegen den Angreifer, d. h. als kriegerisches Auftreten des Völkerbundes Geltung haben könne. Er hat in diesem Zusammenhang verschiedentlich Deutschlands Erwähnung getan. Wenn er die Abwesenheit des Deutschen Reiches vom Völkerbund bedauerte, so lag darin die Bereitschaft, das Angebot der Reichsregierung zur Rückkehr nach Genf durchaus ernst zu nehmen und den deutschen Friedensplan entsprechend zu behandeln.

„Temps" schreibt: Der Völkerbund hat seine Ohnmacht offenbart

Paris, 24. April (A.A.)

Die Notwendigkeit einer Aenderung der Außenpolitik und einer Anpassung an die Tatsachen beschäftigt den „Temps" und die „Liberté".

„Le Temps" schreibt:

„Eine falsche Sicherheit ist schlimmer, als man es sich vorstellen kann. Der Völkerbund hat seine Ohnmacht offenbart, und die französische Politik ist durch die Systeme der Bündnisse und Freundschaften vergiftet, die sich gegenseitig ausschließen. Der Völkerbund ist nicht in der Lage, den Frieden und die Ordnung in Europa aufrechtzuerhalten. Die französische Diplomatie muß sich um die Aufteilung der Verantwortung bemühen und muß vor allem schnell handeln, denn heute hängt alles von der Schnelligkeit und Einfachheit der Entscheidungen ab."

Die „Liberté" bemerkt:

Die Besprechungen der Generalstäbe werden nichts Bedeutendes bringen. Gewiß hat der englische Beistand eine große Bedeutung für die Zukunft, aber dieser Wert ist nur ein symbolischer und verringert sogar bedeutsam die französisch-belgische Abmachung.

Was die französische Tätigkeit in Mittel- und Osteuropa betrifft, hängt sie allein von dem Ausmaß der Zusammenarbeit mit Italien ab.

Ungenügende Wiederaufrüstungs-Kredite

London, 24. April (A.A.)

Churchill betonte im Unterhaus, daß die für die Wiederaufrüstung bewilligten Kredite im Hinblick auf die Summen, die Deutschland für die Verstärkung seiner Wehrkraft ausgibt, ungenügend seien. Churchill machte u. a. Andeutungen über die „kriegerischen" Ausgaben Deutschlands während der letzten 30 Monate, besonders über den Bau zahlreicher strategischer Straßen, die im Falle eines Angriffs eine größere Rolle spielen könnten als die Befestigungen. Nach Churchill ergriffen noch einige andere Abgeordnete das Wort und machten verschiedene abfällige Bemerkungen über denselben Gegenstand.

Oesterreich-Frage im englischen Unterhaus

London, 24. April (A.A.)

Die Frage der Wiederherstellung der Wehrpflicht in Oesterreich wird Montag im Unterhaus behandelt werden. Der konservative Abgeordnete Fletcher wird eine Anfrage an die Regierung richten, ob England im Hinblick auf die Verletzung des Vertrages von Saint Germain irgendeine Initiative ergreifen werde. Von den zuständigen Stellen wird über den Bericht des englischen Gesandten in Wien vollständige Zurückhaltung beobachtet.

—o—

Die polnisch-ungarischen Besprechungen

Budapest, 25. April.

In der ungarischen Hauptstadt begannen gestern die eigentlichen Verhandlungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Koszialkowski.

Es wurden zunächst ein polnisch-ungarisches Auslieferungsabkommen und ein Protokoll betr. den polnisch-ungarischen Warenverkehr unterzeichnet.

Ueber die politischen Besprechungen wurde keinerlei Mitteilung veröffentlicht. Die ungarische Presse spricht von wertvollen Ergebnissen hinsichtlich der Belebung des Wirtschaftsverkehrs, deutet aber an, daß darüber hinaus noch weitere Ergebnisse erzielt werden müßten.

Der Dank Atatürks

Ankara, 24. April (A.A.)

Vom Generalsekretariat des Büros des Staatspräsidenten:

Der Präsident der Republik, Kamâl Atatürk, hat die Anatolische Nachrichtenagentur beauftragt, für alle Glückwunschtelegramme, die ihm aus allen Teilen des Landes anläßlich des nationalen Feiertages am 23. April zugegangen sind, seinen Dank auszusprechen.

—o—

Großzügiges Amnestie-Gesetz in Deutschland

Berlin, 25. April.

Der Führer und Reichskanzler hat ein großzügiges Amnestie-Gesetz erlassen. Es sind drei Gruppen von Straftaten, für die eine gnadenweise Vergünstigung gewährt werden soll.

Erstens diejenigen Fälle, wo Uebereifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken zu strafbaren Handlungen hinreißen ließ, zweitens „politische Nörgler und Schwätzer" und drittens sogenannte „Bagatelldelikte", die nicht höher als mit 1 Monat Gefängnis geahndet werden.

Die deutsche Regierung dankt England und Aegypten

Berlin, 25. April.

Der Chef des Protokolls, Gesandter v. Bülow-Schwandte, hat gestern persönlich dem britischen Botschafter und dem ägyptischen Gesandten in Berlin den herzlichen Dank der deutschen Reichsregierung übermittelt für die Hilfsmaßnahmen, die von den britischen und ägyptischen Behörden zur Rettung des deutschen Gesandten in Kairo durchgeführt worden sind.

Schnelltriebwagen-Verkehr

Berlin, 25. Mai.

Ab 15. Mai wird in Deutschland der Fern-Schnelltriebwagen-Verkehr zwischen Berlin und München aufgenommen. Man fährt dann in Berlin vom Anhalter Bahnhof um 17,00 Uhr ab und trifft um 23,42 Uhr am Münchener Hauptbahnhof, also nach 6½ Stunden ein. Umgekehrt ist die Abfahrtszeit von München 6,40 Uhr, die Ankunft in Berlin Anh. Bhf. um 13,18 Uhr.

•

Friedrichshafen, 25. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist gestern nachmittag von seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt wohlbehalten nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Um 19,10 Uhr erfolgte die glatte Landung auf dem Friedrichshafener Werftgelände.

—o—

Generalstreikgefahr im französischen Bergbau?

Paris, 25. April.

Im französischen Innenministerium fand gestern unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Konferenz statt, die sich mit den zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen für den 1. Mai befaßte.

Besonders umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen werden nicht nur für Paris, sondern auch in den Grubenbezirken getroffen, da die Gefahr eines Generalstreiks der französischen Bergarbeiter noch nicht endgültig beseitigt ist.

—o—

Die internationale Lage von Prag aus gesehen

Prag, 25. April.

Der tschechoslowakische Außenminister Krofta hielt gestern vor dem Auswärtigen Ausschuß des Prager Parlaments eine Rede über die allgemeine politische Lage und die Stellung der Tschechoslowakei.

Der Minister erklärte u. a., wenn auch heute der Glaube an Pakte erschüttert sei, so sei dies keineswegs ein Grund zum Verzweifeln, der tschechoslowakische Staat sei nicht von Verträgen abhängig.

Im Hinblick auf Deutschland und die Kleine Entente erklärte der Minister, es sei richtig, daß der Einfluß Deutschlands in Jugoslawien besonders aus wirtschaftlichen Gründen bedeutend sei. Es sei jedoch falsch zu glauben, daß sich Jugoslawien von seiner bisherigen Politik abwenden wolle.

Auch über den Völkerbund — sagte der Minister — könne er den allgemeinen Pessimismus nicht teilen, da sich doch Deutschland bereit erklärt habe, in den Völkerbund zurückzukehren.

Von deutscher Seite haben die Ausführungen Minister Kroftas besondere Aufmerksamkeit gefunden, weil durch sie, wie man in deutschen Kreisen erklärt, die von französischen Politikern in Wort und Schrift vielfach verbreitete Meinung widerlegt wird, daß der tschechische Staat durch Deutschland besonders bedroht sei.

Vollständige Uebereinstimmung zwischen Ankara und Belgrad

Belgrad, 24. April (A.A. n. Avala)

Der türkische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Numan Menemencioğlu, ist heute von Belgrad nach Bukarest abgereist.

Die heutige „Politika" veröffentlicht eine Erklärung des Staatssekretärs Numan Menemencioğlu über die Frage der Meerengen und über die volle Uebereinstimmung der Gedanken und Methoden der beiden Regierungen.

Auf eine Frage über den Verlauf der Wiederbefestigung der Meerengen gab Numan Menemencioğlu folgende Antwort:

„Die Angelegenheit nimmt einen normalen Verlauf. Bekanntlich hat meine Regierung sämtlichen Unterzeichnerstaaten des Meerengenabkommens eine Note über die Abänderung der Meerengen-Statuten zugestellt. Wir wissen nicht, wann und wo die Konferenz tagen wird, die zu diesem Zwecke einberufen werden soll.

Wir nehmen an, daß an dieser Konferenz nicht nur die vier Großmächte teilnehmen werden, die bei der Entfestigung der Meerengen die Sicherheit der türkischen Gebiete garantierten, sondern daß sich alle jene Staaten daran beteiligen werden, die seinerzeit zu den Verhandlungen des Lausanner Vertrages hinzugezogen wurden. Bevor ich Ankara verließ, waren bereits aus der Sowjetunion, Groß-Britannien und Griechenland zustimmende Antworten eingegangen. Ich bin überzeugt, daß auch alle übrigen Länder in der gleichen Weise antworten werden.

Was den Standpunkt der jugoslawischen Regierung betrifft, so möchte ich in diesem Zusammenhang an die Erklärung erinnern, die Ministerpräsident Stojadinowitsch in meiner Gegenwart an die Pressevertreter abgab und in der er betonte, daß die Antwort der Belgrader Regierung im zustimmenden Sinne für die türkische Forderung ausfallen wird. Dies konnte auch nicht anders sein, denn zwischen unseren befreundeten und verbündeten Ländern herrscht im Rahmen der Balkan-Entente das Gefühl, daß die Gesamtheit der Gemeinschaft umso stärker und kräftiger ist, wenn eines ihrer Glieder kräftiger wird.

Berücksichtigt man die bestehenden und überaus freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern, so bleibt uns angesichts einer solchen Lage in Belgrad nichts anderes zu tun übrig, als die Uebereinstimmung unserer auf gleichen Interessen fußenden Standpunkte zu bestätigen".

Staatssekretär Numan Menemencioğlu, der gestern vom Prinzregenten Paul empfangen worden ist, wurde von allen politischen Kreisen Belgrads mit besonderer Herzlichkeit aufgenommen.

Das Empfangsprogramm in der rumänischen Hauptstadt

Bukarest, 24. April.

Der Sonderberichterstatter der Anatolischen Nachrichtenagentur teilt mit:

Der Staatssekretär des türkischen Außenministeriums, Numan Menemencioğlu, ist heute abend um 10 Uhr mit dem Expreß in Bukarest eingetroffen und wurde am Bahnhof namens der rumänischen Regierung vom Unterstaatssekretär des rumänischen Außenministeriums, dem Gesandten der Sowjetunion, dem türkischen Geschäftsträger und den Beamten der türkischen Gesandtschaft empfangen.

Für die Dauer ihres Aufenthalts in Bukarest sind Menemencioğlu und seine Begleiter Gäste der rumänischen Regierung. Die befreundete rumänische Regierung hat für den türkischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ein glanzvolles Programm ausgearbeitet.

Morgen ist Numan Menemencioğlu mit dem türkischen Geschäftsträger beim Unterstaatssekretär des rumänischen Außenministeriums geladen. An der Einladung werden auch der rumänische Gesandte in Ankara, die Leiter der Generaldirektionen des rumänischen Außenministeriums, der Chef des Protokolls und der Premiergeneraldirektor teilnehmen.

Abends sind Staatssekretär Menemencioğlu und der türkische Geschäftsträger zu einem Essen im engeren Kreise im Hause Titulescus geladen.

An dem offiziellen Mittagessen, das vom rumänischen Außenminister am Sonntag zu Ehren des Staatssekretärs Numan Menemencioğlu gegeben wird, werden die Gesandten der Balkan-Entente und der Kleinen Entente, ferner Englands, Frankreichs, Sowjetrußlands, Italiens und Polens teilnehmen.

Staatssekretär Numan Menemencioğlu wird am Montag nach Moskau weiterreisen.

—o—

Italien hat zur türkischen Note noch keine Stellung genommen

Rom, 24. April (A.A.)

Es wird gemeldet, daß die italienische Regierung ihre Stellungnahme zu der türkischen Note über die Meerengen noch nicht festgelegt hat.

Generalstreik der Araber in Haifa

Der Aufruhr in Palästina hält an

Tel-Aviv, 24. April (A.A.)

Der Berichterstatter der Havas-Agentur meldet, daß die Verbindungen zwischen Tel-Aviv und Jaffa praktisch unterbrochen sind.

Bewaffnete Polizeipatrouillen halten die Ordnung in beiden Städten aufrecht.

Die Araber greifen die Privatautos an, stecken die mit Nahrungsmitteln beladenen Wagen in Brand und streuen Nägel aus, um den Verkehr lahmzulegen. Ferner haben sie mehrere Pflanzungen angezündet.

Die jüdischen Behörden haben die Bevölkerung aufgefordert, die Gebiete zu räumen, in denen im Jahre 1929 blutige Unruhen stattgefunden haben, und sich nach Jerusalem zu begeben.

Die Araber in Haifa haben den Generalstreik erklärt.

Fast in allen Städten werden Verhaftungen von Arabern, die sich in der Nähe jüdischer Läden ansammeln, vorgenommen.

Auch in Jerusalem haben sich zahlreiche Zwischenfälle ereignet. Die dortigen Behörden befürchten gelegentlich des Freitagsgebetes Demonstrationen.

•

Jerusalem, 24. April (A.A.)

Der Havas-Berichterstatter meldet, daß die Polizei anläßlich des besonderen Charakters des Freitags Sondermaßnahmen getroffen hat. In der Nähe des Bahnhofs haben bewaffnete Polizeistreitkräfte und Heerespatrouillen Aufstellung genommen. Die Araber haben beschlossen, um 13 Uhr Umzüge zu veranstalten. Gegenwärtig haben sich 5000 Juden nach Tel-Aviv geflüchtet.

—o—

Addis-Abeba verödet

Man meldet, daß die äthiopische Hauptstadt leer und verödet ist. Alle Läden sind geschlossen, seitdem alle waffenfähigen Männer in das Heer eingereiht sind, und die Hauptstadt durch Bombenabwürfe bedroht ist.

Mehrere tausend Fremde, die noch in Aethiopien geblieben sind, werden durch neun Gesandtschaften geschützt.

Die griechische Gesandtschaft hat 550 Fremde in Addis-Abeba und 1500 in den Provinzen unter ihren Schutz gestellt. Alle Gesandtschaften haben Unterstände angelegt, in die sich bereits mehrere Personen geflüchtet haben.

Addis-Abeba, 24. April (A.A.)

Die holländische Ambulanz, die die Weisung aus dem Haag erhalten hatte, nach Dschibuti abzureisen, hat Addis-Abeba mit der Bahn verlassen. In dem gleichen Zuge befanden sich auch zahlreiche Europäer. Bei der Abfahrt des Zuges überflog ein italienisches Flugzeug die Hauptstadt, doch entstand unter der Menge, die sich vor dem Bahnhof angesammelt hatte, keine Panik.

Vormarsch der italienischen Truppen

Rom, 24. April (A.A.)

Marschall Badoglio meldet in seinem Bericht Nr. 194 folgendes:

Die erythräische Abteilung, die an der Nordfront kämpft und Dessie verlassen hat, besetzte Worra Ilu, das 50 km südwestlich von Dessie liegt, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Der Vormarsch der italienischen Truppen an der Somalifront wird auf der ganzen Linie fortgesetzt. Die Italiener haben Godadde und Gabrehor in dem Tal von Fal besetzt. Die Flieger bombardieren die äthiopischen Verteidigungslinien zwischen Sassabaneh und Dagamego.

•

123 italienische Offiziere sind während der letzten Schlachten an beiden Fronten in Ostafrika in der Zeit vom 31. März bis 15. April gefallen.

Die Gesamtziffer der Offiziersverluste beläuft sich seit Beginn des Feldzuges auf 1.155.

•

Aus Nairobi in Ostafrika wird gemeldet, daß dort 30 italienische Soldaten, die sich in englischer Gefangenschaft befanden, ausgebrochen sind. Die Italiener waren wegen Ueberschreitung der Grenze festgenommen worden.

Die Flüchtlinge werden jetzt von der britischen Kolonial-Polizei verfolgt.

•

Amtlich wird dementiert, daß die britischen Behörden in Aegypten besondere Schutzmaßnahmen an der äthiopisch-sudanesischen Grenze getroffen haben sollen, und daß die in Merza-Matruh stehenden Bataillone nach dem Sudan abgegangen seien.

Politische Wochenschau

Scheitern des Versöhnungsverfahrens. — Vertagung des Sanktionsausschusses. — Der Eindruck in England. — Das englisch-französische Verhältnis. — Die französischen Wahlen. — Die Lage in Spanien.

Istanbul, 24. April.

Langsam und zögernd senkte sich in Genf der Vorhang über den vergeblichen „Versöhnungsversuchen" des Dreizehnerausschusses. Das Stichwort für den Achtzehnerausschuß, der den Sanktionen vorsteht, ist im Bericht des Dreizehnerausschusses nicht gefallen — konnte es auch nicht, denn formal ist der Achtzehnerausschuß ein Gremium, das nicht vom Völkerbund abhängt. Es ist eine Art Konferenz der Staaten, die Sanktionen gegenüber Italien anwenden.. Für die Einberufung des Achtzehnerausschusses ist sein Präsident, des Vasconellos, zuständig, und dieser hat bereits erklärt, daß der Achtzehnerauschuß — falls sich nichts unvorhergesehenes ereignet — erst gelegentlich der nächsten ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates, die am 11. Mai beginnt, zusammentreten wird. Diese Erklärung gab de Vasconcelles nach der Sitzung des Völkerbundsrates ab, in der der Bericht des Dreizehnerausschusses entgegengenommen und das Scheitern der Aussöhnungsversuche festgestellt wurde

•

Die Völkerbundssitzung unterschied sich vom Dreizehnerausschuß nur dadurch, daß sich in der Ratssitzung auch die kriegführenden Parteien Italien und Aethiopien befanden. Im Dreizehnerausschuß, im Achtzehnerausschuß und im Völkerbundsrat sitzen immer dieselben leitenden Persönlichkeiten. Aber die verschiedenen Bezeichnungen, unter denen ihre Versammlungen stattfinden, haben eine tiefe psychologische Begründung. Ueberhaupt beruht die Stärke solcher Einrichtungen wie der Völkerbund vor allem auf psychologischen Wirkungen. Dafür ist manchmal ein Verstärkungs-, manchmal ein Abdämpfungsapparat nötig. Diesen Zwecken dient ein sinnvolles Gliederungssystem, zu dem auch die verschiedenen Ausschüsse und Unterausschüsse gehören. Der Abdämpfungsapparat ist im gegenwärtigen, für den Völkerbund so kritischen Fall kunstvoll benutzt worden.

•

Der Völkerbundsrat nahm in seiner letzten Sitzung den Bericht des Dreizehnerausschusses entgegen und stellte fest, daß die Aussöhnungsvorschläge des Ausschusses im „Rahmen des Völkerbundes" und im „Geiste der Völkerbundsatzung" gemacht wurden. Er stellte weiter fest, daß im vollen Gegensatz zu der Völkerbundsatzung der Krieg weitergeführt wird, und darum die Voraussetzung für ein Aussöhnungsverfahren im „Geiste der Satzung" fehle. Der Vertreter Aethiopiens versuchte, darauf zurückzukommen, daß die Vorschläge des Dreizehnerausschusses an dem Verhalten Italiens gescheitert seien und verlangte, daß die Bestimmungen des Art. 16, des Sanktionsartikels, in ihrem vollen Umfang angewendet werden. Dies Verlangen konnte jedoch auf Grund des „Verfahrens" vorläufig unbeachtet bleiben. Der Dreizehnerausschuß, mit dem man sich gerade beschäftigte, hat nichts mit Sanktionen zu tun, und der Achtzehnerausschuß wird erst Mitte Mai zusammentreten.

•

Das Ergebnis der letzten Sitzung des Völkerbundsrates konnte durch das „Verfahren" abgedämpft werden, trotzdem ist der Eindruck, den es in der Weltöffentlichkeit hinterlassen hat, sehr stark. Allerdings ist der Eindruck sehr verschieden. Die Sanktionsbefürworter sprechen von einem „Triumph Mussolinis" die Sanktionsgegner — von einem „Triumph der Vernunft". Von einem Triumph des Völkerbundes wird allerdings nirgends gesprochen.

•

Im englischen Unterhaus wurde von einigen Abgeordneten in dürren Worten gesagt, daß der Völkerbund von Italien besiegt sei und daß dies eine Niederlage Englands bedeute. In der Vorstellung weiter englischer Volkskreise ist die Aktion des Völkerbundes in der äthiopischen Frage eins geworden mit einer Aktion